



Landtagswahlen Mai 2007
Die Cannabispolitik der Parteien in
Bremen

Tel: 0049 (030) 447 166 53
Fax: 0049 (030) 447 166 54
Mail: info@hanfverband.de
<http://hanfverband.de>

Landtagswahlen Mai 2007 Die Cannabispolitik der Parteien in Bremen

Anlässlich der Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2007 hat der DHV die Parteien nach deren drogenpolitischen Zielen befragt. Dieser Text bietet Ihnen die Ergebnisse unserer Recherche und gibt eine Wahlempfehlung mit dem Schwerpunkt Cannabis.

Einleitung

Ebenso wie Drogen nicht alles im Leben sein sollten, ist natürlich auch Drogenpolitik nicht der einzige ausschlaggebende Punkt bei einer Wahlentscheidung. Dennoch sagt Drogenpolitik mehr über die Gesinnung einer Partei aus, als nur die Frage, ob sie Hanf legalisieren will oder nicht. Die Drogenpolitik verrät vielmehr Grundsätzliches darüber, ob eine Partei den Bürger eher als selbstbestimmtes Individuum sieht oder als lenkbares Schaf, das von der Obrigkeit vor bösen Einflüssen geschützt werden muss (und kann!). Wer selbst Drogen konsumiert, mag bei der Wahlentscheidung besonders auf die Drogenpolitik achten, denn dann wird man von den repressiven Parteien zum Kriminellen gestempelt mit möglicherweise drastischen Folgen.

Um in dem Punkt etwas Klarheit zu verschaffen, haben wir die drogenpolitischen Teile der Wahlprogramme der Parteien zusammengetragen und bewertet, dabei haben wir insbesondere auf Cannabis geachtet und auf die Position der Parteien zu einer möglichen Liberalisierung oder Verschärfung der Strafverfolgung.

Wir haben den Parteien auch mal wieder ausführliche Fragen gestellt, aber nur von der SPD und den Grünen eine Antwort erhalten.

Drogenpolitische Programme der Parteien

Im Folgenden dokumentieren wir unsere Hitliste der wählbaren Parteien aus drogenpolitischer Perspektive.

Die Linke

Die Linke in Bremen hat das ausgefeilteste drogenpolitische [Programm](#), das uns sowohl in Bezug auf die konkreten Forderungen als auch im Bereich der sprachlichen Herangehensweise am ehesten zusagen kann. Sie ist die einzige Partei, die ein konkretes Bekenntnis zur



Cannabislegalisierung in ihrem Programm liefert, auch wenn das ein bundespolitisches Thema ist.

Außerdem finden sich folgende landespolitische Forderungen: Schaffung eines bedarfsgerechten Hilfesystems, Einführung von Druckräumen, Vorantreiben der Heroinverschreibung, keine Vertreibung von Junkies, Entkriminalisierung des Drogenbesitzes und des Umgangs mit Cannabis.

Sprachlich gesehen ist es erfrischend, dass die Linke offensichtlich als einzige Partei verstanden hat, dass Drogenkonsumenten nicht immer hilfsbedürftige Süchtige sind.

Zuletzt sei noch erwähnt, dass die Linke bisher nicht in der Bremer Bürgerschaft sitzt und es insofern strukturell etwas einfacher hat, radikalere Beschlüsse zu fassen. Wir haben die Partei mit aufgenommen, weil sie nach den Umfragen scheinbar diesmal gute Chancen haben, in den Landtag einzuziehen.

[Webseite Linke Bremen](#) | Email: info@linkspartei-bremen.de | [Wahlprogramm der Linke in Bremen 2007](#)

Bündnis 90/ Die Grünen

Die Grünen sprechen sich in ihrem [Programm](#) zwar immerhin gegen eine "einseitig repressive" Drogenpolitik aus, aber das ist auch alles, was sie an Tendenzen in Richtung Liberalisierung erkennen lassen. (Noch nicht einmal eine Aussage zu Druckräumen und Heroinvergabe ist zu finden.)

Danach geht es um Hilfen für die Süchtigen und Hilfsbedürftigen, für die niedrigschwellige Hilfen angeboten werden sollen. Dabei wird auch betont, dass man diese Angebote dann auch als "Rechtfertigung" für repressive Maßnahmen gegen störende Drogenkonsumenten in der Öffentlichkeit nutzen könne.

Zuletzt sprechen sich die Grünen im Programm noch vehement gegen die zwangsweise "Vergabe" von Brechmitteln an mutmaßliche Drogenhändler aus.

Insgesamt ist das eines der schwächsten drogenpolitischen Programme eines bündnisgrünen Landesverbandes in der letzten Zeit.

Allerdings haben die Grünen eine kompetente Antwort auf unsere Fragen geliefert, die eine vernünftige Einstellung und Sachverstand erkennen lassen.

Danach sprechen sich die Grünen zur Entkriminalisierung kleiner Eigenverbrauchsmengen und einiger Hanfpflanzen zum Eigenverbrauch für eine klare bundesweite Regelung im BtMG aus. Außerdem wird die derzeitige Ungleichbehandlung von Cannabis- und Alkoholkonsumenten im Führerscheinrecht kritisiert. Die Grünen hoffen hier auf die baldige Schaffung praktikabler Grenzwerte.

[Webseite Bündnis 90/ Die Grünen Bremen](#) | Email: lv.bremen@gruene.de | [Wahlprogramm von Bündnis 90/ Die Grünen in Bremen 2007](#)



Die FDP

Die FDP hält sich mit drogenpolitischen Aussagen arg zurück und kann damit kaum bewertet werden.

Immerhin spricht sie sich im [Wahlprogramm](#) für die Heroinvergabe und therapeutische Angebote aus.

Bei der allgemeinen Kriminalitätspolitik spricht sich die FDP zwar für eine gute Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaften aus, bezieht das aber nicht explizit auch auf das Drogen-thema.

Typisch für die FDP: kaum drogenpolitisches Profil, aber auch keine besonderen Tendenzen, die Strafverfolgung zu verschärfen.

[Webseite der FDP Bremen](#) | Email: bremen@fdp.de | [Wahlprogramm der FDP in Bremen 2007](#)

Die SPD

Die SPD macht in ihrem [Wahlprogramm](#) überhaupt keine Aussagen zur Drogenpolitik. Immerhin hat Landesgeschäftsführer Roland Pahl grob auf unsere Fragen geantwortet.

"Hinsichtlich der Frage zur Verfahrenseinstellung bei Eigenbedarfsdelikten existieren zurzeit keine Gesetzesentwürfe und wir sehen momentan auch keinen Handlungsbedarf. Die bisherige Praxis der Strafverfolgung in Bremen beurteilen wir positiv. Des Weiteren haben wir keinen Anlass, uns für eine bundeseinheitliche Regelung des Merkmals der geringen Menge zu engagieren. Ebenso wenig sehen wir uns gehalten, Veränderungen bei der Strafverfolgung des Anbaus von Hanfpflanzen herbeizuführen. Für die Beurteilung der Fahrtüchtigkeit kommt es darauf an, ob jemand in der Lage ist, ein Fahrzeug sicher zu führen. Das Gesetz und folglich die Rechtsprechung machen insoweit keinen Unterschied zwischen alkoholischen Getränken und anderen berauschenden Mitteln. Für die Fahreignung gilt dies im Wesentlichen auch."

Diese Antwort bezeugt zunächst mal mangelnden Sachverstand, da die führerscheinrechtliche Lage völlig falsch dargestellt wird. Außerdem besteht ein eindeutiger Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes und der Bundesregierung, dass sich die Bundesländer auf einheitliche "geringe Mengen" bei Cannabis einigen sollen - für Herrn Pahl "kein Anlass".

Fazit: Die SPD findet alles super, so wie es ist und will immerhin scheinbar auch keine Verschärfungen einführen.

[Webseite der SPD Bremen](#) | Email: info-bremen@spd.de | [Regierungsprogramm der SPD in Bremen 2007](#)



Die CDU

Im [Programm](#) der CDU lassen sich wiederum viele Stellen finden, an denen Drogenpolitik erwähnt wird.

Ganz überwiegend geht es um repressive Maßnahmen, mehr Polizei, Kontrolle, Überwachung. Druckräume und Heroinvergabe werden abgelehnt.

Stellen, an denen es auch um andere (Hilfs-, Präventions-) Maßnahmen geht, klingen da eher nach einem Feigenblatt. Kontrollierter, unproblematischer Drogenkonsum ist für die CDU offenbar unvorstellbar.

Immerhin ist die CDU klar und greifbar, kein Wischi-Waschi. Die Partei steht voll hinter der Drogenrepression und macht uns die Entscheidung für den fast letzten Listenplatz einfach.

[Webseite der CDU Bremen](#) | Email: [Kontaktseite](#) | [Regierungsprogramm der CDU in Bremen 2007](#)

Die DVU

Die DVU zeigt auch eine interessante Strategie, es gibt gar kein Wahlprogramm auf der Internetseite, sondern ausschließlich Plakate!

Die Einstellung der DVU zu Drogen lässt sich aber z.B. an einer Rede des DVU-Abgeordneten Tittmann im Parlament ablesen. Er schimpft ausführlich über Heroinvergabe, kriminelle Drogenkonsumenten und linke Drogenverherrlicher.

"Vor allem ist hartes und konsequentes Vorgehen gegen Dealer, die vielfach ausländischer Nationalität sind, das Gebot der Zeit. Hier ist Null-Toleranz angesagt! Härtere Bestrafung derjenigen ist notwendig, die als Geschäftemacher oder auch als Asylbetrüger Leben und Gesundheit vieler Menschen, insbesondere deutscher Jugendlicher, ruinieren. Gerade auch ausländischen Drogendealern muss das schmutzige Handwerk gelegt werden, denn deren verbrecherisches Treiben ist Mord auf Raten."

Naja, eben unterirdisch und unwählbar.

[Webseite der DVU Bremen](#) | Email: info@dvu-bremen.de

Schlussbemerkung

Und nun der vielleicht wichtigste Hinweis zum Schluss:

Jeder, dem Cannabispolitik am Herzen liegt, sollte den Parteien mitteilen, warum er sie gewählt oder nicht gewählt hat!

Das erhöht das Gewicht einer einzelnen Stimme enorm! Es reicht ein Dreizeiler wie:

"Ich habe Ihnen diesmal meine Stimme gegeben, weil Sie sich für die Legalisierung von Cannabis einsetzen und erwarte von Ihnen, dass Sie das Thema die nächsten vier Jahre auch voranbringen!"



"Ich hätte mir vorstellen können, sie dieses Jahr bei der Bürgerschaftswahl zu wählen, habe aber wegen ihrer repressiven Drogenpolitik davon Abstand genommen."

Die passenden Emailadressen haben wir für Sie zur Verfügung gestellt.

Wer noch mehr über die Drogenpolitik der Parteien erfahren möchte, sollte einen Blick in die "[Wahlprüfsteine Cannabis zur Bundestagswahl 2005](#)" werfen. In ihnen beantworteten die Parteien Fragen des DHV zur Cannabispolitik, die oft über den Inhalt von Wahlprogrammen hinausgehen.